ES IST NICHT ALLES GESAGT. EIN WORKSHOP ZUR DDR-FORSCHUNG

Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin,
30. November–1. Dezember 2018

Steffi Brüning (Rostock) und *Maria Neumann* (Berlin) hatten in ihrem Call for Papers in der Breite der DDR-Forschung ein dominierendes Narrativ ausgemacht, nämlich die eigene „Furcht vor der Bedeutungslosigkeit“¹. Mit ihrer Einladung beabsichtigten sie, dieser Annahme noch immer relevante oder neue Relevanz gewinnende Problem- und Fragestellungen entgegenzusetzen. Bereits das unerwartet hohe Interesse vieler Nachwuchswissenschaftler*innen am Workshop, so die Veranstalter*innen, entkräftete die häufig artikulierte Bedenken. Vielmehr beobachtetensie in der Vorbereitung der Veranstaltung eine steigende Konjunktur von Forschungen über die DDR, die sich nicht allein durch das sich ankündigende 30-jährige Jubiläum von Revolution und Einheit erklären lasse. Und tatsächlich fällt die Einschätzung der Fachwelt über die Zukunft der geistes- und kulturwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR und ihrer Folgen keineswegs univok im Sinne ihrer Verabschiedung aus: Die großen (geschichtspolitischen) Debatten seien zwar geführt, in manchen Bereichen auch ein hoher Grad an differenzierten Erkenntnissen erreicht. Allerdings harrten, wenn eingebunden in eine deutsch-deutsche Zeitgeschichte bzw. eine übergreifende Kommunismusforschung, noch bedeutsame Fragen einer Antwort. Das gelte wiederum besonders für die Geschichte der sozialistischen Gesellschaft und ihres Alltages sowie der fruchtbar zu machenden Quellen. Bisher seien diese Themen entschiedener bzw. selbstverständlicher in der außerdeutschen Forschung angegangen worden.² In diese Richtung gehend formulierten die Veranstalter*innen auch die Umrisse dessen, was sie sich von den aus verschiedenen Disziplinen stammenden Beiträgen des Workshops erhofften. DDR-Geschichte sei nicht (mehr) isoliert zu denken, sondern

-
- 1 Steffi Brüning, Es ist nicht alles gesagt. Ein Workshop zur DDR-Forschung, 30.11.2018–01.12.2018 Berlin, in: H-Soz-Kult, 11.06.2018, www.hsozkult.de/event/id/termine-37534 [Zugriff am 12.3.2019]. Zwischenzeitlich ist erschienen: Jan-Paul Hartmann, Tagungsbericht: Es ist nicht alles gesagt. Ein Workshop zur DDR-Forschung, 30.11.2018–01.12.2018 Berlin, in: H-Soz-Kult, 19.3.2019, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8176 [Zugriff am 10.9.2019].
 - 2 Vgl. die beiden Sammelrezensionen von Jens Gieseke, *After the Battles. The History of East German Society and its Sources*, in: *German History* 36 (2018), Nr. 4, S. 598–620, und Frank Wolff, *In der Teilung vereint. Neue Ansätze in der deutsch-deutschen Zeitgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58 (2018), S. 553–391.

über Zeiten, Räume und Themen hinweg zu betrachten. So sollte etwa der Fokus anstatt auf Strukturen auf Akteur*innen und ihren Handlungsoptionen und Identitäten liegen und dementsprechend auch lokale statt zentrale Positionen untersucht werden. Insgesamt gehe es um einen Perspektivwechsel auf die DDR-Geschichte bei gleichzeitiger Vermeidung teleologischer Interpretationen. Hierzu sei ein erweitertes Quellenfeld aufzuschließen und auf theoretischer Ebene vielleicht auch manche Begriffsdiskussion (er)neu(t) zu führen.

Unmittelbar diskussionsanregend war die mit dem Bild der „Frau in der Leere der Aktenberge“ betitelte Keynote von *Katharina Lenski* (Jena), in der sie – auch aus eigener Betroffenheit bzw. jahrelanger Erfahrung – „Randlagen der DDR-Geschichtsbewältigung“ abschritt. Bezüglich des Etiketts „ausgeforscht“ verwies sie auf die Analogie zum Gang der Erforschung des Nationalsozialismus, der ja auch früh Sättigung bescheinigt worden sei. Für den Erkenntnisgewinn über die DDR-Gesellschaft sei die Polarität des Kalten Krieges noch lange wirkmächtig geblieben, was sich besonders in der Aufarbeitungslandschaft zeige. Gerade hier seien auch neue politische Machtverhältnisse wirksam geworden, in denen über die Zuschreibung von „Aufarbeitungswürdigkeit“ strukturell zuungunsten zivilgesellschaftlicher Initiativen entschieden worden und stattdessen eine industrielle Geschichtsproduktion ohne tieferes Erkenntnisinteresse befördert worden sei.³ Die Eignung eines scharfen Zäsur-Denkens von 1989/90 hinterfragte sie auch mit dem Hinweis auf problematische Kontinuitäten in Sicherheitsbehörden, die bisweilen – unter anderen politischen Rahmenbedingungen – die Verfolgung derselben zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie vor 1989/90 betrieben. Schließlich zeigte sie, wie sich staatliche Repression in der DDR und die mit ihr zusammenhängende Gewaltkultur des MfS gewinnbringend unter einer Gender-Perspektive betrachten lassen. So verschwinde die Repressionserfahrung von Frauen häufig in „verbergenden Akten“ nicht-geheimpolizeilicher Bürokratie, da Zersetzungsmaßnahmen oft gewissermaßen an andere Behörden ausgelagert worden waren. Bisweilen sei die Geschichte verfolgter Frauen auch lediglich in den Akten ihrer Lebenspartner nachvollziehbar oder gar nicht erwähnt, sie sei aber immer auch mit gemeint. Hier sind also andere Überlieferungen anzugehen. Der Zusammenhang von Gewalt und Geschlecht sei zudem fruchtbar zu machen für die inzwischen nicht mehr dichotom diskutierte, aber immer wieder aufgegriffene Frage nach Täter- und Opferschaft. Hier stehe die Frage (männlicher) familialer Gewalt in MfS-Familien im Raum und zwar insbesondere auch für die Zeit nach 1989/90, als zur lebensweltlich-alltäglichen Gewaltpraxis extreme Verlusterfahrungen traten.

3 Jens Gieseke spricht ebenfalls von einer „reckoning-with-the-past industry“. Gieseke, *After the Battles* (wie Anm. 2), S. 598.

Perspektivwechsel. Quellen und Ansätze für eine Alltagsgeschichte (Panel I)

Im ersten von fünf Panels wurden scheinbar gängige alltagsgeschichtliche Phänomene untersucht: Freizeit-Sport, Arbeit/Reisen und Musikkultur. Die drei Beiträger präsentierten jedoch weitgehend Neues, wenn sie den Breitensport in der (sportlichen) Peripherie, berufliche Auslandsreisen in den Irak und Heavy Metal zum Gegenstand machten.

So nutzt *Jan Kleinmanns* (Bonn) die Überlieferung zum Breitensport – u. a. im für die DDR-Forschung keineswegs unbekanntes Saalfeld – als Sonde zur Erforschung von Teilöffentlichkeiten in der DDR. Anders als eine immer notwendig mit klassisch politikgeschichtlichen Themen konfrontierte Beschäftigung mit dem Leistungssport, biete der Zugang über vielfältig zugänglich zu machende Quellen des Sport-Alltags Einblicke in die Vermittlung von Sollen und Sein des gesunden und sozialistischen ‚Neuen Menschen‘ und gebe Aufschluss über den flexiblen Gebrauch des entsprechenden Vokabulars als Ressource für Sportvereinsarbeit ‚von unten‘. *Nikolai Okunew* (Potsdam) versucht, die vor allem aus Lehrlingen und jungen Facharbeitern bestehende Gruppe der Heavies und ihr Verhältnis zum Politischen auf den Begriff zu bringen. Dabei bilden die Akten des MfS eine hilfreiche Grundlage, obwohl sie die Szene aufgrund ihrer Abweichung zu deutlich als politisch fassen. Okunew ergänzt diese Quellen um Interviews, womit sich außerdem der Untersuchungsrahmen auf die Entwicklung der Subkultur nach dem Ende der DDR erweitern lässt. Während vor 1989/90 ein kreatives System des Austauschs entwickelt worden war, löste sich dieses unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen und den darin möglichen Zugängen zum Musikkonsum auf. *Nick Wetschel* (Dresden) verfolgte anhand zweier Tagebücher aus der Sammlung des Lebensgeschichtlichen Archivs am ISGV die Frage, was sich vom Alltag einer akademischen DDR-Kleinfamilie im Irak nachvollziehen lasse, die 1966–69 und 1977/78 in Mosul lebte. Anders als die archivalische Überlieferung der Außenhandelsbetriebe erlauben solche Dokumente Schlüsse darüber, in welchem Verhältnis der Alltag ‚DDR abroad‘ zum ‚Alltag DDR‘ stehe, wie Reise- und Konsummöglichkeiten wahrgenommen, aber auch wie Deutungen von Eigenem und Fremdem hinsichtlich der Wahrnehmungen von kultureller Differenz erfolgten. Damit war auch die aktuell diskutierte Frage nach dem Ort von ‚Fremden‘ in der DDR berührt.

Die Diskussion drehte sich neben methodischen Fragen, z. B. des ausführlichen Zitierens bei nicht allgemein zugänglichen Quellen im weiteren um das jeweilige Herausarbeiten des Verhältnisses zum Politischen bzw. der Handlungsmöglichkeiten in den unterschiedlichen sozialen Räumen, die in den Beispielen greifbar werden. Wie sind also das Nutzbarmachen der offiziellen Formeln für eigene Zwecke, die bewusste Verneinung politisch zu sein oder der gewissermaßen staatlich organisierte Aufenthalt außerhalb der Bedingungen der DDR innerhalb der autoritären Ordnung vorzustellen? Bemerkenswert ist auch die konsequente Annahme von Okunews Interviewpartner*innen, er wolle über sie als Bürgerrechtler*innen schreiben, was sie mit dem Verweis auf ihre Abwendung von der Politik stets zurückwiesen.

Wir und die Anderen. Zur Konstruktion von Identitäten (Panel II)

Der zweite Workshop-Tag stellte zwei Aspekte des scheinbaren Selbstverständnisses der DDR-Gesellschaft in Frage. Anhand der Alltagsmedien Plakat und familiärer Erzählungen wurden die avisierte Rolle der Frau und der Platz der Erfahrung von Nationalsozialismus und Zwangsvertreibung im sozialistischen Deutschland problematisiert.

Stephanie Kanne (Münster) unterzog eine Auswahl von bisher selten bis gar nicht herangezogenen Plakaten aus der Sammlung der Akademie der Künste in Berlin hinsichtlich ihrer Identifikationsangebote und Konstruktion von Weiblichkeit einem kritischen kunsthistorischen Blick. Deutlich wurde dabei nicht nur, wie die Darstellungen von (arbeitenden) Frauen aus der Einrichtungs- und Konsolidierungsphase der DDR in der eigentlich obsoleten Bildtradition der Volksgemeinschaft standen, sondern auch, wie das DDR-spezifische Frauen-Bild in der Umbruchszeit ob seiner offensichtlichen Plakativität treffsicher aus der Frauenbewegung heraus karikiert werden konnte. *Katinka Meyer* (Göttingen) widmete sich in ihrer Wendung des Workshopitels (und sicher auch in Anlehnung an heutige Diskursphänomene) unter dem Titel „Wenn nicht alles gesagt werden darf“ den Familiengeschichten von ‚Umsiedlern‘, denen sie in generationenübergreifenden biografischen Interviews nachspürte. Hierbei konnte sie durchaus unterschiedliche Umgangsstrategien und Erzählmöglichkeiten herausarbeiten, die vom offiziellen Diskurs, aber eben auch von innerfamilialen Sagbarkeitsregeln abhängig gewesen seien. Entgegen antifaschistischer Großerzählung und Tabuisierung von Gewalterfahrungen seien Heimat-/Verlusterzählungen oder positive Erinnerungen an bspw. die Hitlerjugend nie gänzlich verstummt. Jedenfalls sei bei dieser Art der Vergangenheitserzählung neben den bekannteren Stammtischen auch immer die in den Familien tradierten Überlieferungen mit zu beachten.

Im Anschluss an die beiden Vorträge kamen in der Diskussion insbesondere konzeptionelle Fragen im Umgang mit Begriffen wie Identität, Selbstbild, Selbst-/Fremdzuschreibung und Rolle auf. Weiterhin wurde erläutert, welche Bilder in der Forschung angesichts welcher Quellen (nicht) fortgeschrieben werden können oder sollten. So sollten z. B. fortschrittlich-emanzipierte Frauenbilder nicht nur mit der sozioökonomischen Realität kontrastiert werden oder von der undifferenzierten These eines Tabus hinsichtlich des Umgangs mit der NS-Vergangenheit ausgegangen werden.

Systemträger*innen? Eliten und ihre Praxen (Panel III)

Während in dem ersten Abschnitt des Workshop-Programms die DDR-Geschichte überwiegend von den ‚kleinen Leuten‘ her gedacht worden war, ging es im dritten Panel um Personen und Institutionen, die hierarchisch oberhalb von allgemeiner Bevölkerung und systemloyaler Dienstleistungsklasse rangierten. Einerseits stand so die Frage nach Funktionsweise und (post-nationalsozialistischer) Kontinuität der Elitenrekrutierung im „anderen Deutschland“ und andererseits ein Beispiel der machtvollen Steuerung (-versuche) von Grundlagen der Wissensproduktion im Raum.

Anika Manschwetus und *Simon Scholz* (beide Kassel) stellten ihr BKM-Projekt zur systemvergleichenden Elitenforschung nach 1945 vor, das sich politik- und verwaltungswissenschaftlich informiert in die zuletzt intensivierte zeitgeschichtliche NS-(Dis-)Kontinuitätsforschung zu bundesministeriellem Personal einreicht. So wurden die bereits recht fest eingerichteten Instrumente vorgestellt, mit denen außerordentlich viele Einzelpersonen als Datensätze in einem kollektivbiografischen Verfahren erfasst werden sollen. Hierzu bedürfte es forschungspragmatischer Operationalisierungen, z. B. von „formalen und materiellen Systembezügen“, für das, was oftmals auch als „Belastung“ gefasst werde. Wie von den Beiträger*innen als Erwartung formuliert, war manche methodische Vorgehensweise für die übrigen Teilnehmer*innen durchaus erklärungs- und diskussionswürdig. *Regine Dehnel* (Berlin) präsentierte Arbeitsweise und Teilergebnisse, vor allem aber laufende Fragen aus ihrem Projekt zum Umgang der Zentralstelle für wissenschaftliche Altbestände mit NS-Raubgut. In diesem nur schwer zugänglichen Feld zahlreicher Bibliotheken und Titel, bestimmt von Lagerungsmängeln und Effizienz-, Organisations- und Kommunikationsschwierigkeiten, welches darüber hinaus auch durch die Konkurrenz zum Außenhandelsbetrieb Kunst und Antiquitäten GmbH strukturiert war, versuchte sie Orientierung zu ermöglichen und Ausschau zu halten nach einer Form der publizierbaren Darstellung. Als unter den skizzierten Bedingungen vielleicht verständlich erscheinend, jedoch erklärungsbedürftig, stellte sie heraus, dass das trotz mehrmaliger Anläufe einer gemeinsamen Richtlinie zu Aussonderung und Weiterverwendung von Bestandseinheiten der Bibliotheken bis zum Ende der DDR letztlich ausblieb.

Das Gespräch im Plenum bestand in vielerlei Nachfragen zu Details des Forschungsvorgehens, vor allem aber in Anerkennung der Akribie, mit der beide Projekte angegangen werden müssen, ohne dass von Anfang an eine Aussicht auf ertragreiche Arbeitsergebnisse besteht.

Akteure im Kollektiv. Handlungsspielräume der Integration und Ausgrenzung (Panel IV)

Ähnlich wie bereits in den ersten beiden Panels sollten am Nachmittag Themen zur Sprache kommen, bei denen ein kursorischer Blick kaum Neues im Sinne des Nicht-gesagt-seins hätte entdecken können: Heimerziehung in der DDR hat in letzter Zeit einige mediale Aufmerksamkeit erfahren, und mehr noch gilt das für die (tagespolitische) Diskussion um ‚Flüchtlinge‘. Allerdings griffen die beiden Vorträge das Beforschen des staatlichen Umgangs mit solchen Zwangsgemeinschaften mit neuen Ansätzen auf.

Constanze Schliwa (Hamburg) plädierte zunächst für die Beachtung der zahlenmäßig wichtigsten Form der Heimerziehung in der DDR in den Normalheimen, gemessen an ihren Unterbringungskapazitäten von etwa 21.000 Plätzen gegenüber den etwa 9.000 Plätzen in Spezialheimen und noch einmal etwa 3.000 Plätzen in den Jugendwerkhöfen. Die Normalheime hätten oft einen Funktionswandel zu den anderen Formen der Heimunterbringung vollzogen und standen am Beginn von Jugendhilfe-Verläufen. In biografischen Interviews sollen – gerade auch vor dem Hintergrund der eigentlichen akademischen Ausbildung der Referentin in den Erziehungswissenschaften – Rückschlüsse über angewand-

te Erziehungsmethoden sowie die Aufarbeitung im späteren Lebenslauf möglich werden. *Julia Reinke* (Jena) überraschte nicht nur mit der Prämisse, dass die Aufnahme von Kindern aus dem griechischen Bürgerkrieg im Sommer 1949 den Beginn eines Politikfelds „Flüchtlingspolitik“ bereits vor der Gründung der DDR bedeutete, sondern auch mit der Verwendung des Begriffs „Flüchtlingsmanagement“. Ihr Augenmerk richtet sich darauf, wie dieses „Flüchtlingsmanagement“ in der Verflechtung internationaler Organisationen (d. h. in diesem Falle durch das Kommunistische Informationsbüro) sowie zwischen nationaler und lokaler Ebene (d. h. hier ‚vor Ort‘ in Radebeul) organisiert wurde. Dabei sollen besonders Handlungsmöglichkeiten jener Akteure Aufmerksamkeit erfahren, die in einem zentralistischen Blick unbeachtet bleiben.

Beinahe notwendig ging es in der Diskussion um Quellenkritik im Spannungsfeld zwischen Herrschaftsanspruch kommunizierenden Dokumenten und tatsächlichen Praxen sowie um methodische Fragen, wie die des Transfers aus der allgemeinen Migrationsforschung oder die vertrauensbildende Arbeit mit Zeitzeug*innen.

Zeitenwandel. Zwischen Kontinuitäten und Brüchen (Panel V)

Die Bezugsjahre 1945/49–1989 für eine Geschichte der DDR zu überschreiten, wie dies bereits einige Beiträge als notwendig hatten erkennen lassen, war ein Anliegen, das auch die beiden letzten Präsentationen verfolgten.

Nadine Kulbe (Dresden) ermöglichte einen Einblick in die kleinteilige Arbeit, die zu leisten ist, wenn Kulturgut, das im Nationalsozialismus den rechtmäßigen Eigentümer*innen entzogen worden war, restituiert werden soll. Dazu gehören die Gewerkschafts- und Arbeiterbibliotheken, die 1946 vom FDGB des späteren Arbeiter- und Bauernstaates im Sinne seiner Traditionsbildung und damit aus gänzlich gegensätzlichen Motiven zu jenen der Nationalsozialisten in Besitz genommen worden waren. Um die Provenienz der Bände aus nun wiederum anderen bibliothekarischen Anliegen zu klären, sei der Umgang mit dem Kulturgut zu DDR-Zeiten ein wichtiges Bindeglied. Der Kenntnisstand ist allerdings oft derartig gering, dass über die NS-Provenienzforschung hinaus Wissen über die DDR erst produziert werden muss – selbst dann, wenn es sich um Aspekte einer Massenorganisation wie der Einheitsgewerkschaft handelt. Konkret meint das dann beispielsweise ganz dicht am betreffenden Objekt, Signaturen und Stempelungen nachzuvollziehen.

Jessica Bock (Dresden/Berlin) schlug mit ihren Überlegungen zur DDR-Frauenbewegung nach 1989/90 eine wichtige Brücke aus der DDR-Geschichte in die nun seit 30 Jahren andauernde Transformationszeit bzw. die Gesellschaft der Berliner Republik der Gegenwart. Der kürzlich von Jana Hensel prominent vertretenen These eines neuen Feminismus als Wiedervereinigungserfolg⁴ aus dem Zusammenfinden der ost- und

4 Jana Hensel, Angela, Alice und ihre Töchter, in: zeit online, 26.02.2018, online unter <https://www.zeit.de/2018/09/feminismus-ost-west-deutschland-angela-merkel-alice-schwarzer/komplett-ansicht> [Zugriff am 28.1.2019].

westdeutschen Frauenbewegung widersprach sie aus einer Gender-Perspektive gleich mehrfach: Offensichtlich sei es im Gegensatz zu dieser Feststellung geradezu ruhig um feministische Positionen aus der (ehemaligen) DDR; DDR-sozialisierte Feministinnen seien in den Reihen und Medien deutscher Feminismen nur marginal präsent. Statt Frauen-Erfahrungen im Umbruch zu untersuchen, werde sich aktuell vor allem dem ostdeutschen Mann als Problem zugewandt. Und auch historisch gesehen sei das Zusammentreffen der beiden Frauenbewegungen keineswegs harmonisch, sondern in einer besonderen Variante von „Dominanzkultur“ (Birgit Rommelspacher) verlaufen, in der eine zur Norm erhobene Frauenbewegung-West ihre ostdeutsche Entsprechung als beratungsbedürftig, theoriearm und insignifikant übergangen habe. In der letzten Panel-Diskussion des Workshops standen folgerichtig Möglichkeiten und Grenzen des Sicht- und Hörbarmachens verschütteter Wissens- und Erfahrungsbestände im Mittelpunkt.

Am Ende zweier dicht besetzter Workshop-Tage blieb neben einer kurzen übergreifenden Diskussion durch die Veranstalter*innen vor allem der Eindruck von durchweg interessanten Einzelbeiträgen und über Panelgrenzen hinweg geführten Debatten. Weiterhin war eine Vielfalt an Quellen und Methoden repräsentiert, die gerade angesichts ihrer Anleihen in mehreren Disziplinen Anschlussfähigkeit herstellt.

So ergaben sich weitere Anhaltspunkte für die Behauptung, dass „nicht alles gesagt“ sei. Das gilt sowohl mit Blick auf die DDR-Forschung, wie sie seit den 1990er-Jahren stattgefunden hat, als auch für die Geschichte der Vereinigungsgesellschaft, für die sich der Titel vielleicht fortführen und fragen ließe, was in den 1990er-Jahren aus welchen Gründen (nicht) gesagt werden konnte. Bemerkenswert aus der lokalen Perspektive mag sicherlich noch sein, dass allein drei Beiträge in einem Zusammenhang mit dem Standort Dresden standen, was hier auf einen weiterhin fruchtbaren Austausch in der Forschung zur Gesellschaft der DDR und Nach-DDR hoffen lässt.

Nick Wetschel, Dresden